



NATO-Evaluierung CIR bei Gelber Merkur

2

Das „Zeitalter Putin“ und der entlaufene Friede

7

Die Übung Gelber Merkur ist gestartet

10

Gesundheitsversorgung im Krisen- und Verteidigungsfall

13

Informationsportal für den Krisenfall

15

Retrospektive: Der EMPA-Kongress 2026

16

DEU-ISR Kooperation wird vertieft

Das „Zeitalter Putin“ und der entlaufene Friede

Von Manfred Opel

Die Klimax der Macht

Alle Welt spricht heute, wenn Russland gemeint ist, vor allem über Putin und seine Schandtaten. Als herausragender politischer Anführer, der die Massen zu begeistern versteht, gilt er schon lange nicht mehr. Bei der jüngsten Mai-Parade auf dem Moskauer Roten Platz wurde sein Auftritt eher belächelt, denn gewürdigt.



Die militärischen Fehl-Leistungen, welche die russische Nachfolgerin der einst so „ruhmreichen“ Sowjet-Armee bereits seit mehr als vier Jahren vor den Augen der gesamten Welt gegen die, im Verhältnis zu Russland relativ kleine Ukraine abliefert, kann man nur als jämmerlich bezeichnen. Vor allem die Verluste Russlands an Soldaten, Söldnern, militärischem Gerät, Innovationskraft sowie an Wirtschaftskraft und monetärem Vermögen haben bereits heute ein derart hohes Ausmaß erreicht, dass dieses selbst einer Supermacht gefährlich werden kann.

Die Klimax seiner Macht hat Putins Russland, auch deshalb, längst überschritten.

Die vielfachen Verluste betreffen das gesamte „große“ Russland. Dabei bräuchte diese, im Grunde bereits heute verarmte Großmacht, ihre „verlorenen Mittel“ äußerst dringend. Dieses Faktum ist für das Russland Putins von geradezu schicksalhafter Bedeutung, denn ohne ihre europäische Kraft hat Russland keinerlei Chance, Großmacht und zudem prinzipiell unverletzlich zu bleiben. Putin hat heute folglich nur noch zwei Alternativen: Langfristiger Untergang seines Russlands durch die Fortsetzung seines mittelalterlich anmutenden Angriffs gegen die Ukraine oder Frieden durch vollständigen Rückzug (auch von der Krim).

„Tertium non datur“ würde man im alten Rom gesagt haben – es gibt keine dritte Möglichkeit. Je früher Putin das einsieht und sich danach richtet, desto besser ist das für sein Russland und damit auch für ihn selbst.

Was das „neue Russland“ nunmehr endlich tun muss, um seinen Platz als eine überzeugende Friedensmacht finden zu können, ist damit klar. Es ist sein ehrliches Einlenken und ein vollständiger Rückzug aus der Ukraine. Eine Aufgabe der eigenen Ziele oder ein Verlust an Macht ist das keinesfalls, sondern vielmehr der aktive und bewusste Eintritt in ein neues Zeitalter des gestalteten freien Friedens. Und nur dieser Weg bietet Russland entscheidende Vorteile.

Trump war es sogar selbst, der diese einmalige Chance für Russland, vermutlich unbewusst, ins Leben gerufen hat. Putin bräuchte dabei nur zuzugreifen. Bisher geschah jedoch nichts dergleichen. Es ist zu befürchten, dass Kooperation und Fairness keine Werte sind, die in Putins politischem Repertoire vorkommen.

Der zwangsweise folgende sowie unaufhaltsame Niedergang Russlands mag zwar einige Jahrzehnte lang dauern, doch das damit verbundene jammervolle Ende dieser kurzzeitig aufstrebenden Großmacht wäre auf diese Art und Weise dennoch endgültig besiegelt. Dabei gibt es für das Russland der Zukunft nur eine einzige Alternative und diese lautet: „Werde Teil Europas!“. Das müssen die Menschen und vor allem die Führerschaft in Russland endlich erkennen und verinnerlichen, wie es bereits Andere, wie zum Beispiel Frankreich, erkannt und umgesetzt haben.

Der Problem-Baum

Man liegt sicherlich nicht falsch, wenn man die heute erkennbaren langfristigen Gesamtkosten des Putinschen Ukraine-Kriegs, allein für Russland selbst, auf mindestens 600 Milliarden Euro beziffert. Diese Kosten steigen derzeit jährlich um mindestens weitere 100 Milliarden Euro an; ... ob Putin das nun gefällt oder nicht. Bezahlt er nicht, würde er sehr schnell noch deutlich mehr verlieren. Das ist das eherne Gesetz des militärischen Kampfes.

Doch das ist nicht das einzige unabwendbare Problem, das Putin heute heimsucht. Allein die Beseitigung der Schäden, die der Klimawandel in Russland in Zukunft, insbesondere durch das Auftauen der Permafrostböden, verursachen wird, schätzt man nach aktuellem Stand auf mindestens 8 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr.

Da der gesamte russische Staatshaushalt für das Jahr 2026 lediglich Ausgaben in Höhe von umgerechnet rund 520 Milliarden Euro ausweist, kann man mit Sicherheit annehmen, dass allein die Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Folgen des Klimawandels den russischen Staat heute jährlich mindestens 2% seines Staatshaushalts kosten werden; Tendenz, steigend. Das scheint auf den ersten Blick zwar nicht sehr viel zu sein, doch niemand weiß derzeit, welche weiteren Kosten dabei noch hinzukommen werden. Berücksichtigt man zugleich, dass die Kosten für neue Straßen, Schienen, Brücken, Schleusen, Tunnels und Häfen sowie für die weitere und dringend erforderliche öffentliche und die militärische Infrastruktur Russlands noch addiert werden müssen, dann könnten sich die bisherigen Kostenschätzungen durchaus noch beträchtlich erhöhen. Man wird das alles bereits in den nächsten Jahren genauer erfahren (müssen).

Der russische Gesamthaushalt (die zentralen Ausgaben) für das Jahr 2026 beläuft sich, laut dem von Präsident Wladimir Putin erlassenen Haushaltsgesetz, auf 44,069 Billionen Rubel. Dies entspricht (aktuell im Mai 2026) in etwa 520 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch die erheblichen Kosten des „schwarzen Haushalts“ für Nuklearwaffen und deren Träger sowie für die speziellen Geheimdienste. Dieser „verschleierte“ Haushalt erreicht mindestens 70 Milliarden Euro zusätzlich.

Zudem muss im russischen Staatshaushalt der Zukunft nicht nur der direkte Aufwand für die Beseitigung der Kriegsfolgen berücksichtigt werden. Auch die indirekten Kosten, wie jene, die für „bedingte Verluste“ durch den unterbliebenen technologischen Fortschritt sowie jene, die durch die Flucht von bestimmtem Fachpersonal entstanden, müssen zusätzlich berücksichtigt werden.

Mangels Masse: Bei der Siegesparade auf dem Roten Platz wurden die russischen Verbände – wie an der Front in der Ukraine – mit nordkoreanischen Soldaten aufgefüllt.



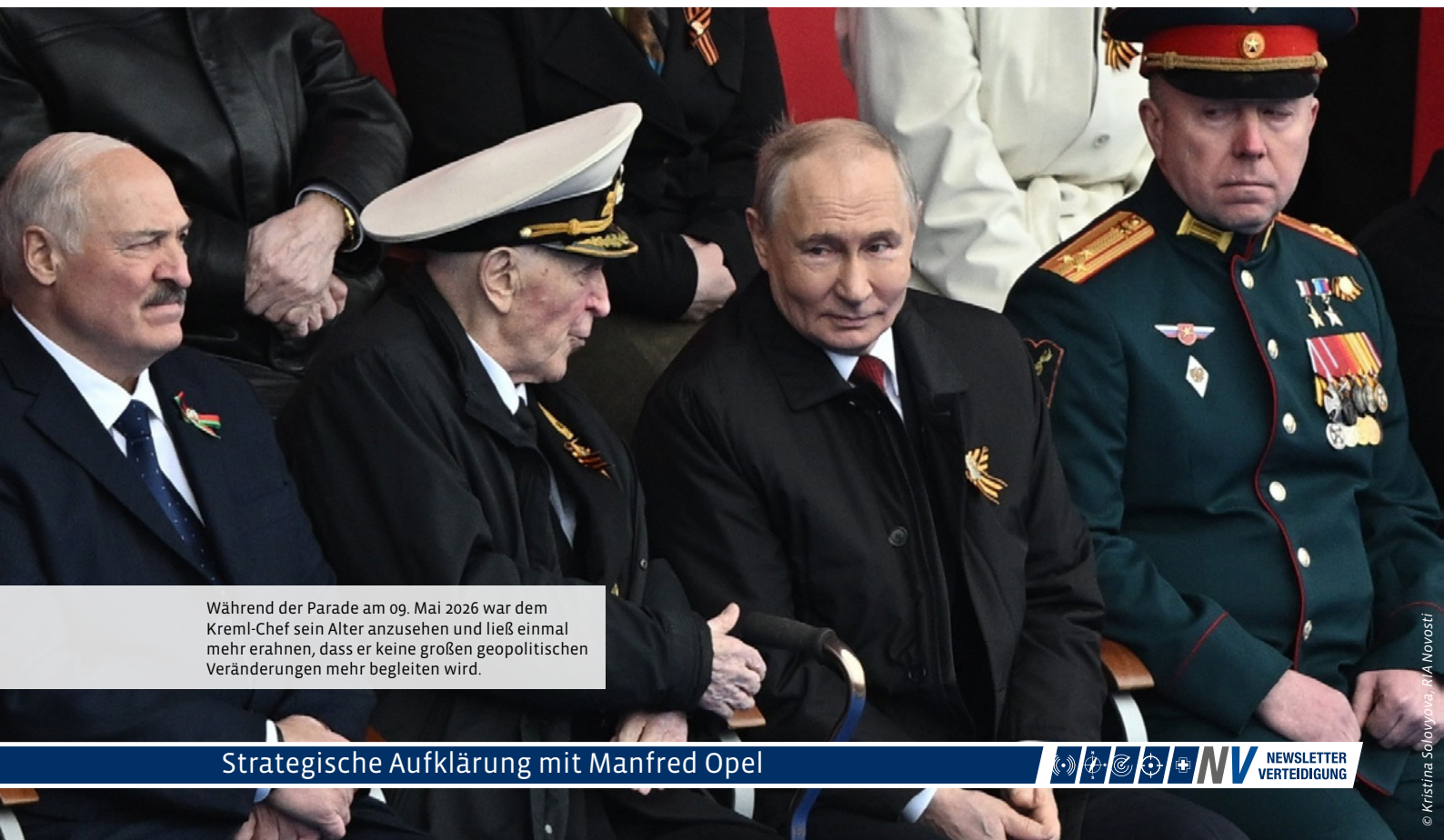
Moskau muss zudem damit rechnen, dass es mindestens eine Generation (rund 20 bis 30 Jahre) lang dauern wird, bis zumindest die größten Schäden, die durch den unsinnigen Ukraine-Krieg angerichtet wurden und noch immer verursacht werden, wenigstens einigermaßen behoben werden können. Ob das zukünftige Russland das alles hinreichend gut zu leisten vermag, steht derzeit noch in den Sternen. Wenn erst einmal die Rohstoffe Russlands zur Neige gehen werden, was bereits heute, vor allem in Europa, deutlich zu verspüren ist, wird die Welt eine andere sein. Die Frage wird dann lauten, ob Russland noch eine führende internationale Großmacht-Rolle zu spielen vermag. Dazu wird ihm dann mit Sicherheit das dafür erforderliche Kapital fehlen.

Der Rückgang der Verfügbarkeit und die „innovative Lücke“

Die EU hat als Antwort auf den Putinschen Angriff gegen die Ukraine beschlossen, den Import von russischem Pipeline-Gas und Flüssiggas (LNG) bis Ende 2027 (in Teilen sogar schon bis Ende 2026) vollständig einzustellen. Der Ersatz dieser gewaltigen Menge an Energie durch andere Energieträger sowie durch Einsparungen führen bereits heute (Anfang 2026) im Zusammenspiel mit der iranischen Blockade der Straße von Hormus zu einer massiven Umstrukturierung des globalen Energiemarktes sowie zu einer deutlichen und vor allem zu einer anhaltenden Verteuerung aller Energieträger. Europa ist von alledem heute und wohl auch in Zukunft besonders betroffen.

Hinzu kommt, was die meisten Menschen heute noch nicht realisiert haben, dass die Energie-Multis – in einer Art stillschweigender Übereinkunft – versuchen, den Verbrauch von Energie auf Dauer massiv zu verteuern, um die noch möglichen Förderzeiten, die beim heutigen Jahresverbrauch weltweit bei lediglich rund 55 Jahren (d.h. bis etwa zum Jahr 2080) liegen dürften, noch um einige Jahre hinauszuschieben. Grundsätzlich ändern lässt sich dieses Szenario des Endes aller fossilen Energie-Förderung allerdings nicht.

Die Zukunft aller Menschen auf der Erde wird also davon abhängen, wie lange Erdöl und Erdgas noch zur Verfügung stehen werden und vor allem, wie hoch deren Preise steigen werden. Sicher, absolut sicher, ist jedenfalls, dass das Erdöl- und Erdgas-Zeitalter, wie wir es heute kennen, das Jahr 2150 nicht erleben wird. So lange ist das übrigens gar nicht mehr hin. Und selbst, wenn es gelänge, Kohlenwasserstoffe zu annehmbaren Bedingungen aus Sonnenenergie herzustellen, würde selbst das einen riesigen Meilenstein in der Energiewirtschaft bedeuten. Und zudem muss diese neue Energie dann auch bezahlbar sein.



Während der Parade am 09. Mai 2026 war dem Kreml-Chef sein Alter anzusehen und ließ einmal mehr erahnen, dass er keine großen geopolitischen Veränderungen mehr begleiten wird.

Bisher hat niemand den Verbrauchern die ungeschminkte Wahrheit gesagt, die da lautet:

Billiger als heute wird Energie niemals mehr werden!

Das geht auch nicht mit Mini-Atomkraftwerken, von denen manche Politiker heute ebenso verträumt wie kennnisfern schwärmen.

Dabei werden sämtliche zukünftigen Energieträger (wie zum Beispiel Wasserstoff) zusammen nicht allein das Problem der extrem hohen Kosten der Energie-Versorgung der Zukunft lösen können. Die energie-optimale Produktion sowie der energie-optimale Verkehr werden die technologischen Hauptaufgaben der Wirtschaft der Zukunft werden.

Dieses Faktum betrifft natürlich in ganz besonderer Art und Weise das Militär, das bereits in der kommenden Generation verbrauchs-optimierte und überlebensfähige energetische Lösungen für den Betrieb und den Antrieb seiner Systeme und Geräte dringend und zwingend benötigt. Doch man muss heute bedauerlicherweise feststellen, dass hinsichtlich dieser äußerst wichtigen Grundaufgabe, die in Zukunft buchstäblich jedes militärische Denken im Kern beeinflussen wird, noch keine wirklichen praktischen Fortschritte zu verzeichnen sind.

Umbruch Zukunft

Auch die dafür erforderliche neue „Energieversorgungs- und Energiespeicher-Konzeption“ sowie die vollkommen neue Anwendungs-Technik werden in diesem Zusammenhang zu riesigen Problemen führen. Insgesamt scheint es aus heutiger Sicht so zu sein, dass die Elektrizität, einschließlich der zugehörigen verbesserten Energiespeicher, der primäre Energieträger der Zukunft sein wird.

Das wird einen technologischen und verbrauchs-orientierten Umbruch in der Technik und in der Technologie sowie bei deren Anwendbarkeit und Überlebensfähigkeit bedeuten, wie es ihn auf der Erde bisher noch niemals gegeben hat. Das gilt insbesondere für den militärischen Bereich.

Daneben existieren noch viele andere, extrem aufwändig und kostspielig zu lösende Probleme, wie z.B. das bereits erwähnte Auftauen der Permafrostböden im Norden Russlands, in Alaska oder in Kanada.



Für China haben die energetische Unabhängigkeit und ein niedriger Energiepreis absolute Priorität, deshalb werden sowohl Kohle-, als auch Atomkraft (im Bild) parallel zu den erneuerbaren Energieträgern weiter massiv ausgebaut.

Die Überwindung sowie die Bezahlung der Folgen des Putinschen Angriffskrieges gegen die Ukraine würden die wirtschaftlichen Leistungen des Verursachers Russland über mehrere Jahrzehnte hinweg in Anspruch nehmen. Manche Wirtschaftsanalysten gehen sogar davon aus, dass die langfristigen Schäden, die der Putinsche Angriff gegen die Ukraine nach sich ziehen wird, für ganz Russland so tiefgreifend sein werden, dass sie weitere erhebliche und langfristige Zusatzkosten verursachen werden.

Bereits heute steht daher fest, dass die in der Zukunft erforderliche Rekonstruktion der Ukraine und auch jene von Russland selbst ohne ein umfassendes Wiederaufbau-Programm nicht erfolgreich bewerkstelligt werden kann. Das bedeutet im Klartext, dass Putin „seinem“ Russland durch seinen Angriff auf die Ukraine langfristig massiv geschadet hat. Und das tat er ohne jegliche Erfordernis. Solches Fehlverhalten hielte selbst die stärkste Weltmacht nicht ohne massive wirtschaftliche und strukturelle Blessuren durch. Dabei ist das Ende des militärischen Angriffs gegen die Ukraine keinesfalls auch das Ende der extrem hohen Zusatzkosten für Russland; die Folgekosten werden in der Realität noch mehr als ein Jahrzehnt lang abgetragen werden müssen.

Vermutlich wird diese Verpflichtung die Kräfte Russlands nicht nur für sehr lange Zeit herausfordern, sondern sogar weit übersteigen. Nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland selbst benötigen nach dem Ende des Ukraine-Krieges ein umfassendes Aufbauprogramm, das vermutlich länger als ein Jahrzehnt andauern wird und das einen Gesamtwert von deutlich mehr als tausend Milliarden Euro umfassen dürfte. Ein derart gewaltiges Sonderprogramm, das allenfalls geeignet ist, wenigstens die schwersten Kriegsfolgen zu beheben, dürfte mit Putin, als russischem Machthaber, kaum noch realisierbar sein. Ob Russland zudem am Ende des Krieges wenigstens einen wesentlichen Teil seines eigenen Wiederaufbaus selbst zu bezahlen vermag, scheint heute ebenfalls eher unwahrscheinlich zu sein.

Primär muss daher wohl gelten: „Neue Führung, neuer Anfang.“

Anzeige

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung:
Daniel Kromberg

airbus.com

IM
EINSATZ
FÜR EINE
SICHERE
WELT

Der einsatzerprobte Eurofighter ist ein weltweit führendes Mehrzweckkampfflugzeug von unübertroffener Flexibilität und Leistung. Mit seiner beispiellosen, auf kontinuierliche Verbesserung ausgerichteten Sicherheitsbilanz bildet der Eurofighter das Rückgrat von Luftstreitkräften weltweit. Gebaut, um uns heute und auch in Zukunft zuverlässig zu verteidigen und die Welt zu einem sicheren Ort zu machen.

AIRBUS

Führungsfähigkeit bei LV/BV

Gelber Merkur

Führungsfähigkeit ist ein zentraler Baustein für die Leistungsfähigkeit moderner Streitkräfte. Bei der Landes- und Bündnisverteidigung ist das besonders fordernd. Die Bundeswehr trainiert dies bei der Übung Gelber Merkur intensiv, in ganz Deutschland und gleichzeitig. Das Ziel ist eindeutig: IT-Systeme und Verfahren kriegstauglich machen.

Was ist Gelber Merkur?

Der Gelbe Merkur ist eine nationale IT-Übung, bei der es darum geht, die IT-Bataillone in der Teilstreitkraft CIR gezielt auf die Landes- und Bündnisverteidigung vorzubereiten. Dazu trainiert jedes teilnehmende Bataillon, IT-Services in Form eines Service Delivery Points für den Gefechtsstand einer Brigade bereitzustellen. Diese SDP sind über ganz Deutschland verteilt und müssen in einer taktischen Lage arbeiten. Das bedeutet, dass sie innerhalb weniger Stunden ihre Systeme auf- und abbauen müssen, je nachdem wie die Gefechte verlaufen. Sie müssen sich militärisch selbst absichern und in der Lage sein, an vorderster Front zu agieren.

Dabei stehen diese von den IT-Bataillonen aufgebauten IT-Netzwerke, die sich taktisch im Raum bewegen, nicht für sich. Eine ebenfalls in die Lage eingebundene Betriebsführungseinrichtung steht über den einzelnen Netzwerken, führt diese und verbindet sie auch miteinander. Niemand kämpft für sich allein, das gilt im Cyber- und Informationsraum wie in den anderen militärischen Dimensionen.

Wie läuft Gelber Merkur ab?

Neben den Fähigkeiten zur Herstellung eines IT-Netzwerks im realen Gelände kommt es auf dieser Übung darauf an, das Netz im Gefecht so anzupassen, dass es den Bewegungen der Gefechtsstände der kämpfenden Truppe folgen kann.

Dazu stellen alle beteiligten IT-Bataillone IT-Staffeln – die SDPs – an die anzubindenden Kampftruppen-Verbände ab und stellen dort sowohl lokale Services wie Telefonie oder Mail-Services bereit als auch die Anbindung an das sogenannte Kernnetz.



Schnell, präzise und ohne Aufsehen zu erregen: Die übende Truppe muss beim Gelben Merkur hochgradig agil sein und ihre Systeme binnen weniger Stunden auf- und wieder abbauen können.

Die IT-Staffeln sind immer Teil eines jeweils anderen fiktiven Brigadegefechtsstandes. Sie müssen also an unterschiedlichen Stellen in ganz Deutschland ihren Beitrag zu verschiedenen Gefechten leisten, die aber alle in einem Szenario miteinander in Verbindung stehen, denn es handelt sich um einen großen Konflikt, der sich nicht nur auf einen Teilbereich des Landes begrenzt.

Dafür befindet sich an einem Standort eine Betriebsführungseinrichtung. Diese ist den SDPs fachlich vorgesetzt und muss das gesamte Netzwerk koordinieren, die Querverbindungen herstellen und auf verschiedene Lagen reagieren. Die Betriebsführungseinrichtung besteht dabei aus allen vier Elementen, die eine Betriebsführungseinrichtung ausmachen: Aus einer Service Management Control Support Cell, einem Security Operations Center, einem Network Operations Center und einem Service Desk.

Der Übung ist eine taktische Lage hinterlegt, nach der mehrfach die Brigadegefechtsstände unter taktischen Gesichtspunkten abbauen und verlegen müssen. Dies erzwingt jedes Mal einen Planungsprozess für das IT-Bataillon zur Anpassung des IT-Netzes bis hin zur Erkundung, Marsch und Verlegung der SDP in die neuen Einsatzräume der Brigade und Wiederherstellung der benötigten IT-Services. Die Netze werden während der Übung von Kräften des ZCSBw durch Sensorik überwacht und gezielt durch ein Red-Team angegriffen mit spürbaren Effekten auf die situative Aufmerksamkeit aller.



Lichtwellenleiter werden im Team verlegt und auch gemeinsam abgebaut. Das Kabel muss vorsichtig behandelt werden, damit es nicht bricht.

© Bundeswehr/Stein Uj



Ein Service Delivery Point muss sich selbst sichern. Das heißt für die IT-Soldatinnen und Soldaten bei Gelber Merkur: Höchste Wachsamkeit und Beherrschen des militärischen Handwerks.

© Bundeswehr/Johann Flaum



Wir haben in den letzten Monaten viel in die Ausbildung investiert und die IT-Bataillone und ihre SDP auf ihre Evaluierung gut vorbereitet. Ich rechne fest damit, dass alle die Prüfung meistern werden!“

Brigadegeneral Rüter, Kommandeur KdoIT-SBw und Leitender



© Bundeswehr

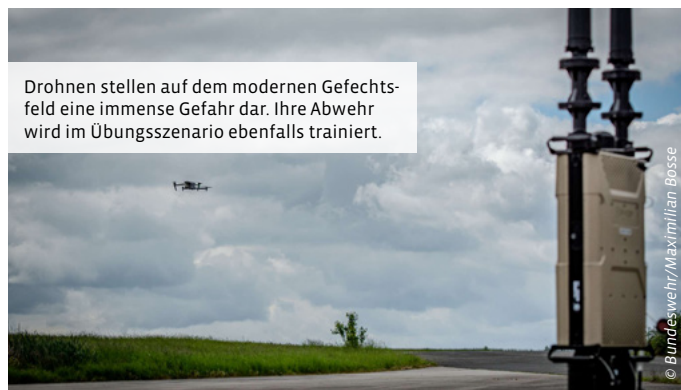
Gelber Merkur wird komplexer

Die Übung Gelber Merkur wird seit Jahren immer komplexer. So übt CIR mit seinen IT-Kräften zum Beispiel nicht mehr nur die Bereitstellung von IT-Services in einem LV/BV-Szenar, sondern gemeinsam mit allen anderen militärischen Organisationsbereichen und Teilstreitkräften zusammen auf dem Gefechtsfeld: Heer, Luftwaffe, Marine, Kräften des Unterstützungsbereiches. Sie „springen“ entweder mit den SDPs (Service Delivery Points) oder sind sogar mit eigenen Gefechtsständen dabei, die durch CIR-Kräfte mit IT-Services angebunden werden müssen.

Die Besonderheit in diesem Jahr ist, dass die eingesetzten SDP einem Evaluierungsprozess unterzogen werden. Dabei überprüfen unabhängige Evaluierungsteams auf Basis von NATO-Kriterien die Einsatzbereitschaft der SDP. Am Ende dieses Prozesses erfolgt die Erfolgsmeldung an die NATO.

Ein weiteres Augenmerk liegt auch auf dem Schutz der eingesetzten Kräfte gegenüber der Bedrohung durch den Einsatz von Drohnen. Hier werden die umfassenden und auch neue Möglichkeiten zur Detektion und Abwehr weiter beübt und mit den „Sprüngen“ der SDP synchronisiert.

Durch die Einbettung der Übung in eine taktische Lage der Bündnisverteidigung sowie das Einspielen verschiedenster Lagen werden die IT-Kräfte in verschiedensten Bereichen – vom lagegerechten IT-Betrieb bis zum Gefechtsmarsch – beübt. Insbesondere die Interaktion der CIR-Kräfte mit den unterstützenden Gefechtsständen und Einrichtungen der teilnehmenden MilOrg-Bereiche stellt eine Herausforderung dar, bei der es nicht nur auf Geschwindigkeit, Präzision und Zuverlässigkeit ankommt, sondern auch auf die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmenden. Sie kommen aus allen Teilen der Bundeswehr. Eines aber verbindet sie: sie alle erfüllen ihren Auftrag in der Dimension CIR.



Drohnen stellen auf dem modernen Gefechtsfeld eine immense Gefahr dar. Ihre Abwehr wird im Übungsszenario ebenfalls trainiert.

© Bundeswehr/Maximilian Bosse

Text: Bundeswehr

Anzeige

**DIE GANZE WELT DER
SICHERHEIT AN EINEM ORT**

**22.–25. SEPT
2026**

**EURO
DEFENCE
EXPO**

Die internationale Fachmesse
der Verteidigungsindustrie

EURO DEFENCE EXPO

**INNOVATIVE LÖSUNGEN
FÜR EINE SICHERE WELT.**

REGISTRIERUNG & TICKETS:
eurodefenceexpo.de



CPM DEFENCE SECURITY MILITARY MEDICINE

Joint Air & Space Power
Conference

**MESSE
ESSEN**

Parlamentarischer Besuch

Gesundheitsversorgung im Krisen- und Verteidigungsfall gemeinsam sichern

Die Versorgung von 1.000 Verwundeten pro Tag, sichere Lieferketten für Arzneimittel und Medizinprodukte und resiliente zivil-militärische Strukturen: Wie Bund, Bundeswehr und Gesundheitswesen diesen Herausforderungen in Krise und Krieg begegnen können, berieten hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und dem Unterstützungsbereich der Bundeswehr.

Eine resiliente Gesundheitsversorgung in Deutschland kann in einem Krisen- oder Verteidigungsfall nur gesamtstaatlich gelingen. Wenn Kranke und Verwundete versorgt und transportiert, Lieferketten gesichert und medizinische Kapazitäten aufrechterhalten werden müssen, ist eine enge Kooperation ziviler und militärischer Akteure entscheidend. Dafür muss frühzeitig abgestimmt und geplant werden, wer wann welche Aufgaben übernimmt und wie die zivil-militärische Zusammenarbeit organisiert sein soll.

Diese Fragen waren Mitte Mai 2026 Thema zweier Treffen im Unterstützungskommando der Bundeswehr in Bonn und beim Kommando Gesundheitsversorgung der Bundeswehr in Koblenz, um den engen Austausch zwischen Politik, Bundeswehr und dem Gesundheitswesen in Deutschland voranzubringen. An den Treffen nahmen neben Vertreterinnen und Vertretern des Sanitätsdienstes der Bundeswehr auch die Parlamentarischen Staatssekretärinnen und -sekretäre Sebastian Hartmann aus dem Verteidigungsministerium sowie Georg Kippels und Katja Kohfeld aus dem Bundesgesundheitsministerium teil.

Deutschland übernimmt sanitätsdienstliche Verantwortung

„Deutschland ist im Verteidigungsfall NATO-Logistikdrehscheibe – medizinische Ressourcen, Arzneimittel und Medizinprodukte müssen sicher und verlässlich verfügbar sein. Eine kriegstüchtige Sanitätsmateriallogistik lässt sich nur gesamtstaatlich organisieren“, betonte Generaloberstabsarzt Ralf Hoffmann, Befehlshaber Zentraler Sanitätsdienstes der Bundeswehr, die Bedeutung belastbarer zivil-militärischer Liefer- und Versorgungsstrukturen.



Der Sanitätsdienst und resiliente Gesundheitsstrukturen in Deutschland sind unverzichtbare Bestandteile einer nationalen Sicherheitsvorsorge. Sebastian Hartmann (2.v.l.), Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg informiert sich hierzu in Koblenz.

Im NATO-Bündnisfall müsse mit bis zu 1.000 Verwundeten, Verletzten und Erkrankten pro Tag gerechnet werden, erklärte Generalarzt Johannes Backus, Kommandeur des Kommandos Gesundheitsversorgung der Bundeswehr. „Diese Planungsgröße zeigt, dass militärische und zivile Versorgungskapazitäten im Ernstfall nahtlos ineinandergreifen müssen.“ Welche Strukturen in einem solchen Fall der Landes- und Bündnisverteidigung dafür bereits bestehen, zeigt zum Beispiel das Bundeswehrzentral Krankenhaus Koblenz. Es verbindet militärische und zivile Gesundheitsversorgung, ist Teil der militärischen Rettungskette und zugleich Schwerpunktversorger für die zivile Bevölkerung sowie Kooperationspartner ziviler Kliniken und der Universitätsmedizin Mainz.

In direktem Zusammenhang mit der Behandlung von Verwundeten und Erkrankten steht die Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie die Frage, wie medizinische Ressourcen im Krisen- und Verteidigungsfall koordiniert werden können. Deutschland übernimmt dabei auch innerhalb des Bündnisses Verantwortung. Das Multinational Medical Coordination Centre Europe (MMCC-E) in Koblenz koordiniert unter deutscher Führung sanitätsdienstliche Standards und Fähigkeiten von NATO- und EU-Partnern. Damit wird sichergestellt, dass auch innerhalb der Bündnisse und in Krise und Krieg Behandlungen und Arzneimittel einen ähnlichen Qualitätsanspruch haben.

Die Rahmenbedingungen sind entscheidend

Dass diese Verantwortung und die damit einhergehenden Herausforderungen auch in der Politik ernst genommen werden, zeigt der Besuch von gleich drei Staatssekretärinnen und -sekretären. Georg Kippels betonte insbesondere die zahlreichen Schnittstellen zwischen Gesundheitsversorgung und Sicherheitspolitik. Ein neues Gesundheitssicherstellungsgesetz sei daher eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, das klare Regeln und Befugnisse festlegen müsse. Resiliente Versorgungsstrukturen könnten nur durch eine enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Bundeswehr und zivilen Leistungserbringern entstehen.



Generaloberstabsarzt Dr. Ralf Hoffmann (4. v.l.) begrüßte die Staatssekretärin des Bundesministeriums für Gesundheit Katja Kohfeld (4. v.r.) im Unterstützungskommando der Bundeswehr zu Gesprächen zum Thema Arzneimittel- und Medizinprodukteversorgung.

Sebastian Hartmann bezeichnete den Sanitätsdienst der Bundeswehr in diesem Zusammenhang als unverzichtbaren Bestandteil der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und der NATO-Bündnisverteidigung.



Besuch der Parlamentarischen Staatssekretäre Sebastian Hartmann (3.v.l.) aus dem Bundesministerium der Verteidigung und Dr. Georg Kippels (2.v.r.) aus dem Bundesministerium für Gesundheit im Kommando Gesundheitsversorgung.

Belastbare rechtliche, organisatorische und logistische Rahmenbedingungen seien entscheidend, um medizinische Ressourcen im Krisen- und Verteidigungsfall schnell und koordiniert verfügbar zu halten. Der Sanitätsdienst der Bundeswehr und resiliente Gesundheitsstrukturen in Deutschland sind unverzichtbare Bestandteile einer nationalen Sicherheitsvorsorge.

Text: Kommando Gesundheitsversorgung der Bundeswehr

Anzeige

**Wenn Du mal auf
Dich allein gestellt bist.**



VICTORINOX
„Offiziersmesser“

KLEEN
WERBUNG

Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10
Fax +49 (0) 49 71 / 92 33 15
info@kleen-werbung.de

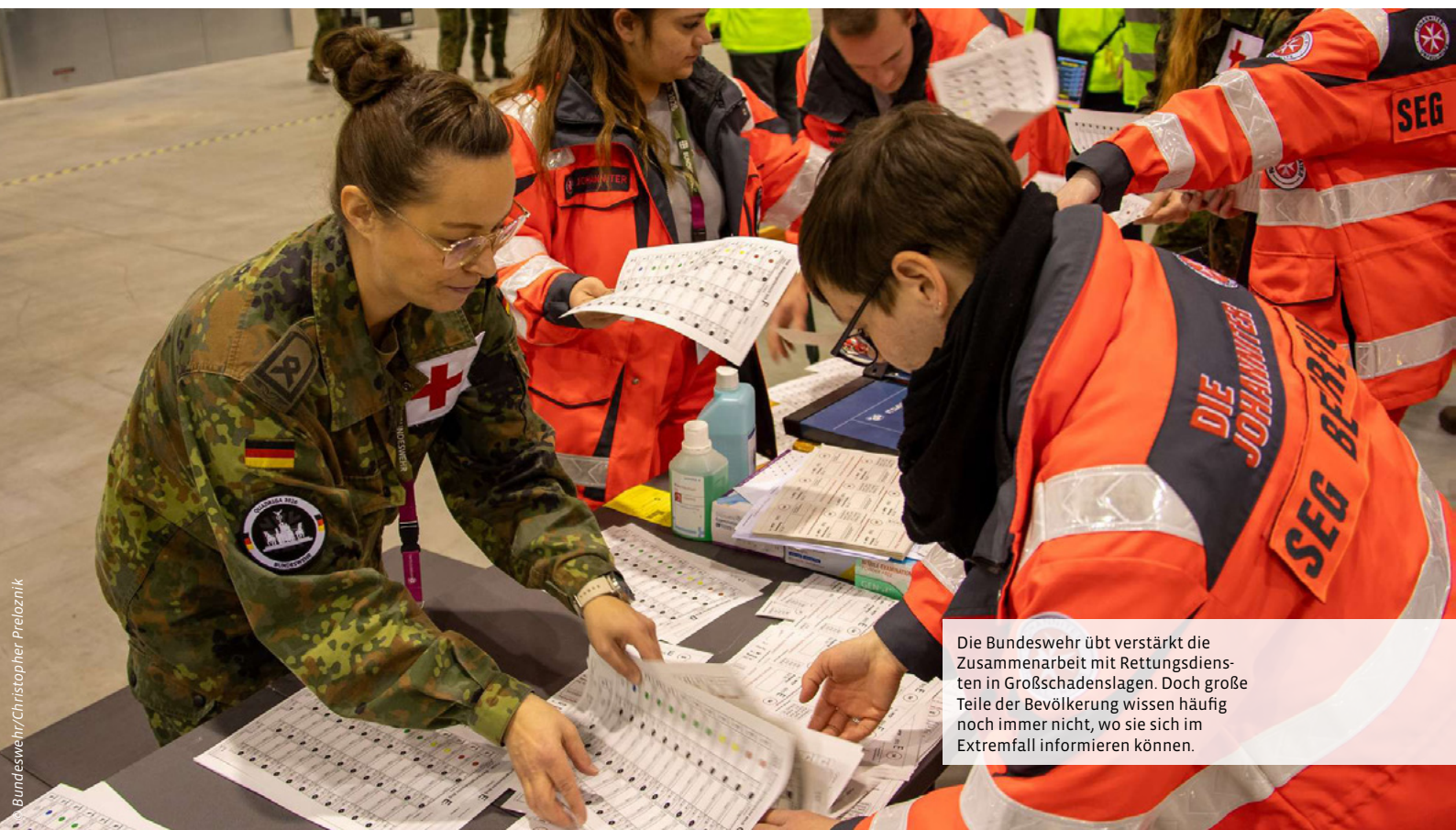
DEUTSCHLAND MACHT ALARM: Informationsportal für den Krisenfall

Die Bundesregierung geht davon aus, dass Deutschland und die NATO spätestens 2029 angegriffen werden könnten. Aber auch der Brandanschlag auf das Berliner Stromnetz hat gezeigt, was passiert, wenn zentrale Infrastruktur ausfällt. Die Herausforderungen durch extreme Wetterlagen nehmen ebenfalls zu. Die Antwort darauf lautet: Gesamtstaatliche Resilienz. Voraussetzung: Alle Menschen im Land wissen, was im Krisenfall zu tun ist.

Die Realität sieht leider anders aus. Die Menschen in Deutschland sind nicht informiert. Offizielle Informationen sind auf zahlreiche Quellen unterschiedlichster Institutionen verteilt. Und diese Angebote sind für die breite Bevölkerung nahezu unauffindbar.

Diese Situation wollten zwei Kleinunternehmer nicht länger akzeptieren und haben zusammen mit der Hamburger Morgenpost als initialem Medienpartner eine einfache wie wirksame Initiative gestartet. Unter der URL www.deutschland-macht-alarm.de haben der Hamburger Kommunikationsberater und Jurist Christian Gummig und der Fotograf und Webdesigner Wim Woeber aus Rösrath die fragmentierten staatlichen Informationsangebote zum Verhalten im Krisen-, Spannungs- oder Kriegsfall an einem Ort gebündelt.

So entsteht die erste zentrale Anlaufstelle und Navigationshilfe für offizielle Vorsorge- und Kriseninformationen in Deutschland – nicht-kommerziell, aus Sicht der Bevölkerung, für Bürgerinnen und Bürger. Durch die Kooperation mit Medien wird die nötige Reichweite geschaffen, um flächendeckend zu informieren und zu sensibilisieren – dort, wo Mediennutzende täglich unterwegs sind. Mehr Orientierung führt zu mehr Resilienz. Und eine besser informierte Bevölkerung ist ein zentraler Baustein für die robuste, demokratische Sicherheitsarchitektur Deutschlands.



Die Bundeswehr übt verstärkt die Zusammenarbeit mit Rettungsdiensten in Großschadenslagen. Doch große Teile der Bevölkerung wissen häufig noch immer nicht, wo sie sich im Extremfall informieren können.

Co-Initiator Christian Gummig schildert die Motivation, DEUTSCHLAND MACHT ALARM als zivile Initiative zu gründen: „Als Reservist habe ich in den letzten Jahren bei der Bundeswehr, aber auch in zivilen Ministerien und Behörden erlebt, dass es keine zentral koordinierte Kommunikation zum Verhalten in der Krise in Richtung Bevölkerung gibt. Jede Behörde handelt nur in ihrem Bereich, niemand synchronisiert die einzelnen, oft sehr guten Kommunikationsmaßnahmen. Das föderale System schafft weitere Diffusion. Innerhalb dieser Strukturen ist es schwer, das zu ändern – ohne administrative, rechtliche oder politische Sachzwänge ist das viel einfacher.“ Sein Mitstreiter Wim Woeber ergänzt zum Ziel der Initiative: „Die Stärke von DEUTSCHLAND MACHT ALARM ist nicht Komplexität, sondern Klarheit. Wir bündeln die 20 Fragen, die Menschen im Krisenfall wirklich beschäftigen – und führen direkt zu den verlässlichen Antworten der staatlichen Institutionen. Ohne Umwege. Ohne Interpretation. Sprache und Design sind bewusst einfach gehalten, damit wirklich jede Person versteht, worum es geht. Perspektivisch wird das Angebot auch mehrsprachig, damit Information nicht an Sprache scheitert.“

Das Konzept der medialen Ansprache: DEUTSCHLAND MACHT ALARM bietet Medienpartnern kostenfrei einen „Hinweiskasten“ mit Link zu diesem Angebot, um den Leserinnen und Lesern bei passender Berichterstattung Service und Orientierung anzubieten. Die Partner schaffen damit erstmals ein zentrales Informationsangebot zum Verhalten im Krisen-, Spannungs- oder Kriegsfall, das die in Deutschland lebenden Menschen dort erreicht, wo sie sich als erstes informieren: bei den Medien ihres Vertrauens.

Arist v. Harpe, Verleger der Hamburger Morgenpost, begründete das Engagement seines Hauses als initialer Partner u.a. mit der Verantwortung der Medien: „Besonders in Zeiten der Unsicherheit sind Menschen auf schnelle, zuverlässige Nachrichten angewiesen. Die finden sie in den Medien, denen sie vertrauen – besonders im lokalen Bereich. Wir bei der MOPO sehen es als unsere Verantwortung, nicht nur zu berichten, sondern auch seriösen Rat zu geben, wie unsere Leserinnen und Leser mit neuen Situationen umgehen können. Hier bietet DEUTSCHLAND MACHT ALARM ein neutrales, einfaches und jederzeit schnell verfügbares Angebot, das unseren Leserinnen und Lesern unmittelbar und nachhaltig hilft.“

Der Verlag Deutsche Spezialmedien plant, sich bereits in den kommenden Tagen ebenfalls der Initiative anzuschließen, um seinen Teil zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz beizutragen.

Text: Redaktionsteam DEUTSCHLAND MACHT ALARM; DK



Das BBK bietet eine Fülle nützlicher Informationen für den Ausnahmefall – das Angebot von DEUTSCHLAND MACHT ALARM hilft, sie schnell und unkompliziert zu finden.

Einblicke in die Streitkräfte der Slowakei

Retrospektive: Der EMPA-Kongress in Bratislava

Von Andreas Steinmetz

Vom 11.-14. Mai fand in der slowakischen Hauptstadt Bratislava der renommierte jährliche Kongress der European Military Press Association (EMPA) statt. Die Veranstaltung wurde durch das Verteidigungsministerium der Slowakei unterstützt und bot internationalen Teilnehmern einen umfassenden Einblick in die Fähigkeiten und die moderne Ausrichtung der slowakischen Streitkräfte. Für den Verlag Deutsche Spezialmedien nahm Andreas Steinmetz an dem Kongress teil.

Neben Fachvorträgen und intensiven Gesprächen zwischen Vertretern aus Militär, Industrie und Medien standen mehrere hochkarätige Besuche auf dem Programm. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Besichtigung des Trainingscenters Lešť, das als eines der wichtigsten militärischen Ausbildungszentren des Landes gilt. Dort erhielten die Teilnehmer detaillierte Einblicke in moderne Ausbildungs- und Einsatzkonzepte der slowakischen Armee.

Darüber hinaus besuchte die Gruppe die internationale Verteidigungsmesse IDEB, auf der aktuelle Entwicklungen und Innovationen aus den Bereichen Verteidigungstechnologie, Sicherheit und militärische Ausrüstung präsentiert wurden. Zahlreiche Unternehmen und Organisationen nutzten diese Messe als Plattform für internationalen Austausch und Kooperationen.

Einen weiteren Höhepunkt bildete der Besuch des Trainingsareals Turecký Vrch. Die dort vorgestellten Fähigkeiten und Übungen verdeutlichten eindrucksvoll den hohen Ausbildungsstand und die professionelle Ausrichtung der slowakischen Streitkräfte.

Der EMPA-Kongress 2026 wurde von allen Beteiligten als voller Erfolg bewertet. Besonders hervorgehoben wurden die hervorragende Organisation, die offene Zusammenarbeit mit dem slowakischen Verteidigungsministerium sowie die Möglichkeit, praxisnahe Einblicke in militärische Strukturen und moderne Verteidigungskonzepte zu erhalten.

Die Veranstaltung stärkte damit nicht nur den internationalen fachlichen Austausch, sondern unterstrich auch die wachsende Bedeutung der Slowakei als wichtiger Partner im europäischen Sicherheits- und Verteidigungsumfeld.



Die örtliche Rüstungsmesse IDEB bot den Kongressteilnehmern die Möglichkeit, sich mit wehrtechnischen Unternehmen und technischen Trends in Ost-Europa vertraut zu machen.

© inchebask



VDS-Repräsentant Andreas Steinmetz (2. v. r.) erlebte beim EMPA-Kongress 2026 vier Tage voller Information und Netzwerk-Aktivitäten auf höchstem Niveau.

Deutsch-israelische Zusammenarbeit bei maritimen Verteidigungslösungen wird vertieft

Die Unternehmen TKMS und Elbit Systems Ltd. haben eine strategische Absichtserklärung unterzeichnet zur Erkundung von Kooperationspotenzialen bei der Entwicklung, Integration sowie Vermarktung fortschrittlicher Verteidigungslösungen für die Marine.

Die Zusammenarbeit nutzt die sich ergänzenden technologischen, operativen und industriellen Kompetenzen beider Systemhäuser, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen im Bereich der maritimen Verteidigung zu bewältigen.

„Unsere vertrauensvolle internationale Partnerschaft mit Elbit Systems unterstreicht einmal mehr das Engagement, gemeinsam die Bewältigung sich wandelnder Herausforderungen im Bereich der maritimen Sicherheit anzugehen. Durch die Bündelung unserer jeweiligen Stärken treiben wir technologische Fähigkeiten voran und festigen gleichzeitig die strategischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. In dem komplexen Sicherheitsumfeld von heute ist eine enge Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Partnern unerlässlich, um Stabilität und Widerstandsfähigkeit zu gewährleisten“, erklärte Oliver Burkhard, CEO von TKMS.

Über eine industrielle Partnerschaft hinaus spiegelt die Absichtserklärung eine umfassendere strategische Ausrichtung zwischen Deutschland und Israel wider, die auf gemeinsamen Werten, gegenseitigem Vertrauen und einem gemeinsamen Engagement für Sicherheit und Stabilität beruht. Gestärkt werden sollen die langfristigen bilateralen Beziehungen, um zu einem breiteren Rahmen für die internationale Verteidigungszusammenarbeit in einem zunehmend komplexen globalen Umfeld beizutragen.

„Während wir unsere Kompetenzen im maritimen Bereich weiter ausbauen, bin ich stolz darauf, unsere Zusammenarbeit mit TKMS weiter zu vertiefen – einem weltweit führenden Anbieter von Marinesystemen mit einer herausragenden Tradition in Sachen Innovation, technischer Exzellenz und langjährigem Beitrag zur maritimen Sicherheit“, ergänzte Bezahel Machlis, Präsident und CEO von Elbit Systems. „Durch die Bündelung der technologischen Stärken und der operativen Erfahrung beider Unternehmen wollen wir fortschrittliche Lösungen liefern, die den sich wandelnden Anforderungen der Seestreitkräfte gerecht werden, und gleichzeitig die strategische Partnerschaft und enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel zur Unterstützung der regionalen und globalen Sicherheit weiter stärken.“

Text: TKMS; DK



Die Repräsentanten von TKMS und Elbit Systems freuten sich Anfang dieser Woche über die Stärkung der Kooperation zwischen beiden Unternehmen.

IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichtet – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

